

*Jörg Wollenberg*

## **Basisdemokratie und Arbeiterbewegung**

### **Aus Anlass der Festschrift für Günter Benser (Teil II)\***

#### **Historische Vorläufer**

„Noch ist Deutschland nicht verloren/ Ob auch Willkür drückt/. Und die Freiheit, kaum geboren./ Man im Keim erstickt“. So wandelte Rudolf Lohbauer die polnische Hymne um, um die politischen Verhältnisse im Gefolge der Julirevolution von 1830 zu beschreiben. Lohbauer gehörte zu den demokratisch-revolutionären Dichtern Deutschlands, zu den nichtproletarischen Kräften. Ihnen widmete das Autorenkollektiv um den Jenaer Historiker Dieter Fricke ein solides Handbuch für die Zeit von 1830 bis 1945, ergänzt um ein mehrbändiges Lexikon zur Parteiengeschichte der bürgerlichen Parteien und Verbände. Hierauf könnte man zurückgreifen, um die aktuelle Diskussion um Bürgerproteste und direkte und kämpferische Demokratie mit weiteren Bänden zur historischen Dimension basisdemokratischer Prozesse fortzusetzen. Dabei sollten auch die Anhänger der Graswurzelrevolution ebenso wenig vergessen werden wie die Arbeiten zur Geschichte von unten, mit den Geschichtswerkstätten und ihrer Behandlung von sozialen Bewegungen, zu Alltag und Politik in der Neuzeit. Auch hier übernahm einst das Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie für Wissenschaften der DDR eine Vorreiterrolle. Denn der Gründungsdirektor des Instituts, Jürgen Kuczynski, publizierte seit den 1940er Jahren im englischen Exil nicht nur eine „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus von 1789 bis zur Gegenwart, die er 1972 mit dem 38. Band in seinem inzwischen abgewickelten Berliner Institut abschloss. Dieses Opus magnum wurde in den 1980er Jahren in direkter Anlehnung an die Befunde zur Lage der Arbeiter um eine sechsbändige Ausgabe zur Alltagsgeschichte des deutschen Volkes von 1600 bis 1945 ergänzt, um die Aufmerksamkeit nicht nur der Historiker auf die elementaren materiellen Bedürfnisse und Gegebenheiten des alltäglichen Volkes zu lenken. Denn „Kohle war nicht alles“. So betitelt eine Gruppe der von der Zunft als „Barfußhistoriker“ diffamierten Bürger und Kulturarbeiter ihr „Hochlarmarker Lesebuch“ von 1981, um mit den Bergarbeitern und ihren Frauen aus Recklinghausen ihre Geschichte aufzuschreiben. „Grabe, wo Du stehst“ und lasse dich nicht unhinterfragt von oben berieseln. „So wie die Verhältnisse jetzt sind, dürfen und können sie nicht bleiben. Wohlan denn, legt Hand ans Werk, auf das es wachse und gedeihe“, forderten die Zigarrenmacher von Mannheim und Heidelberg schon 1848. Und es ist kein Zufall, dass seit der „Jakobinerfrage“ bürgerliche

---

\* Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hrg.), Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Karl Dietz Verlag, Berlin 2012, 288 S., 19,90 Euro. Teil I dieses Beitrags erschien in Z 92, Dezember 2012, S. 145-151.

Revolutionen und Volksbewegungen eine zunehmende Aktualität gewannen. Der Aufstand der Bürger verpflichtete deshalb die Vordenker der linken Bewegung von Marx und Engels bis zu Luxemburg, den Begriff und die Ereignisse der bürgerlichen Revolutionen ernst zunehmen. Auch die Anarchisten von Kropotkin bis zu Bakunin oder die Vertreter von „Glasnost“ thematisieren das ambivalente Verhältnis zur bürgerlichen Revolution. Der alte Mann aus den Reihen der oppositionellen Kommunisten, Theodor Bergmann, sah sich deshalb im Sammelband für Günter Benser gezwungen, noch einmal grundsätzlich über das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie zum Stalinismus und Faschismus nachzudenken. Dabei wählte er das Postulat von Ernst Bloch zum Aufhänger seiner kritischen Auseinandersetzung mit den Defiziten des Demokratieverständnisses in der DDR: „Keine Demokratie ohne Sozialismus, aber auch kein Sozialismus ohne Demokratie“. Eine Forderung als Ausgangspunkt, die den großen Trümmerhaufen des DDR-Sozialismus und des Stalinismus als Aussichtsturm nutzen könnte, um daraus Lehren zu ziehen für die noch einzulösenden Voraussetzungen zur Realisierung einer sozialistischen Demokratie, die bürgerliche Freiheiten und den Schutz von Minderheiten garantiert. Es muss überraschen, dass Theodor Bergmann dabei die Linkssozialisten und Austromarxisten unerwähnt lässt, die sich mit seiner Gruppe der oppositionellen Kommunisten (KPO) von der Grundüberzeugung leiten ließen: Eine parlamentarische Demokratie bleibt so lange bedroht, wie die Demokratisierung der Gesellschaft nicht realisiert worden ist. Unter Demokratisierung der Gesellschaft verstanden sie mit Otto Bauer und Max Adler bis zu Wolfgang Abendroth, Anna Siemsen und Walter Fabian stets die Transformation der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse in eine sich selbstbestimmende sozialistische Gesellschaft.

## **Brüche, Anknüpfungen und Lehren nach 1945**

1933 ging die Erinnerung an diese linksrepublikanische Utopie verloren. Grund genug, um noch einmal an diese verschütteten Traditionen aus Weimar zu erinnern, die das in der Paulskirche von 1848 begonnene Werk wiederaufnahmen und vollenden wollten und die nach 1945 vergeblich für eine basisorientierte Erneuerung der einheitlichen Arbeiterbewegung plädierten. „1848 aber, 1918 gleichfalls neu beschworen“, konstatiert Wolfgang Schivelbusch in seiner „Kultur der Niederlage“, „wurde nicht, wie von den Vätern der Republik erhofft, die in Sieg verwandelte, sondern die erneuerte und damit eigentlich verdoppelte Niederlage. Erst nach dem nochmaligen Zusammenbruch 1945 und dem spurlosen Verschwinden jeglichen nationalen Anspruchs erwies sich das Modell von 1848 als geeignet, wenngleich nach wie vor jeden Charismas entbehrende Geschäftsordnung des Unternehmens Bundesrepublik“ (2001, S. 293f). Und vergessen wir nicht mit Günter Benser hinzuzufügen: Auch die späteren Gründer der DDR erklärten in dem Berliner KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 programmatisch, „die bürgerlich-demokratische Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen“. Dieses Bekenntnis zur parlamentarischen Republik schloss ausdrücklich die Ablehnung des

Sowjetsystems als Modell ein. Sie verbanden dieses Ziel mit einer deutlichen Selbstkritik: „Wir deutschen Kommunisten erklären, dass auch wir uns schuldig fühlen“. Deshalb darf es keine Wiederholung der Fehler von 1918 geben. Der Wunsch nach einem umfassenden Bündnis für den Neuanfang war nach den großen Geschichtsbrüchen von 1917/18 und von 1945 nicht nur in dem gespaltenen sozialistischen Lager groß. Eine der Lehren aus der Selbstpreisgabe und Zerschlagung der Weimarer Republik bestand für viele darin, nach der Befreiung vom deutschen Faschismus nicht nur zu einer antifaschistischen Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten aufzurufen, sondern neben der SAP/KPO und dem ISK die unterschiedlichen gewerkschaftlichen Gruppierungen und Kirchen wie auch bürgerliche Intellektuelle mit einzubeziehen. Dazu ein wenig bekanntes Beispiel: Der von den katholischen Sozialisten und Herausgebern der Frankfurter Hefte, Walter Dirks und Eugen Kogon, am 29. Mai 1945 ausgerufenen Schulterchluss zwischen Katholiken und Protestanten mit den Linksparteien im Rahmen eines Zwölf-Punkte-Programms der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschland“ sollte in Frankfurt/Main an den sich wieder herausbildenden alten Konfessionsgleisen und überkommenen Parteistrukturen schnell scheitern.<sup>1</sup> Für viele der Buchenwaldhäftlinge war das die Enttäuschung der Jahre 1946/47. So schrieb Paul Jagenburg (KPD) am 17. März 1946 aus Bielefeld an den Magdeburger Sozialdemokraten Ernst Thape, Mitverfasser des „Buchenwalder Manifestes für Frieden, Freiheit und Sozialismus“ vom April 1945 und Mitgründer der SED, der später in das Büro Schumacher wechseln sollte und in Hannover das Ostbüro der SPD mitgründen half: „Gegen die dort durchgeführte Einheitspartei habe ich mancherlei Bedenken. Nicht dass ich gegen die Einheit der Arbeiter und aller sozialistisch eingestellten Menschen in Deutschland wäre. Aber mir scheint eine Aktionseinheit aus verschiedenen Gründen richtiger. Außenpolitisch bedeutet die dortige Einheitspartei ein Festlegen auf eine äußere Macht. Darin liegt die Gefahr, dass wir in unserem gegenwärtigen Zustand völliger Ohnmacht den außenpolitischen Interessen dieser einen Macht völlig ausgeliefert sind ... Innenpolitisch, oder richtiger ausgedrückt, parteilich gesehen, sehe ich zweierlei Nachteile. Einmal die Möglichkeit, dass sich eine neue Sozialdemokratische Partei auf tun wird aus den Angehörigen der jetzigen SPD, welche mit der befohlenen Einigung nicht einverstanden sind (unser alter Lager-Kamerad Hermann Brill hat den SED-Ausschuss verlassen!); und zweitens, dass ein großer Teil der Volksgenossen, welche sich der SPD angeschlossen haben würden, die bürgerlichen Parteien verstärken werden. Im großen und allgemeinen gesehen, besteht nunmehr die Gefahr, dass der deutsche Raum an der Elbe in zwei Teile geteilt wird, für uns kann es aber nur eine Aufgabe geben, die Einheit des deutschen Raumes zu wahren.“ (Privatarchiv Wollenberg) Das Scheitern des linksrepublikanischen Gründungsmythos

---

<sup>1</sup> Walter Dirks, Die Zweite Republik- Zum Ziel und zum Weg der deutschen Demokratie von Weimar und Bonn, in: Jörg Wollenberg (Hrg.), Von der Hoffnung aller Deutschen. Wie die BRD entstand, Köln 1991, S. 326f.

von 1945 in den vier Besatzungszonen war ein Thema, das die Vertreter aus den Reihen der SAP früh nach den Konferenzen von Jalta und Potsdam prognostizierten. Und dennoch waren sie es, die sich nicht nur im Exil, sondern auch in allen vier Besatzungszonen daran beteiligten, den „Bruderkampf“ zwischen Sozialisten und Kommunisten zu begraben und eine allumfassende Einheitspartei zu gründen, besonders intensiv in den alten SAP-Hochburgen in Mitteldeutschland. Ihre Sorge, dass sich die gleichen Fehler, Versäumnisse und Schwächen wiederholen könnten, hat sie immer wieder veranlasst, Fehler in den eigenen Reihen zu kritisieren. In aller Schärfe gingen sie mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ins Gericht, als diese sich auf die Tolerierungs- und Aufrüstungspolitik in Weimar eingelassen hatten; sie brandmarkten ihre Unfähigkeit, die Gefahr des Hitler-Faschismus zu erkennen. Obwohl auf kritische Solidarität eingeschworen, ließen sie sich nichts abkaufen, wenn es um die Prinzipien von Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit ging. Auch nach 1945 zählten für sie nicht politische Richtungen, Parteien oder die Geographie, wenn es um die Verteidigung der Menschenrechte ging – ob in der BRD oder in der DDR und der UdSSR, in der Türkei oder in Afghanistan, in Nicaragua oder in Südafrika, in Polen, der CSSR oder in den USA, Lateinamerika und in Vietnam. Das erklärt zugleich ihr entschiedenes Engagement für Frieden und Verständigung auf nationaler und internationaler Ebene. So beteiligten sich z.B. ihre Repräsentanten in Westdeutschland um Walter Fabian und Wolfgang Abendroth an den Auseinandersetzungen um die Remilitarisierung und an der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ (1958) ebenso wie an den Kämpfen gegen die Notstandsgesetze (1968) und den sogenannten „Nachrüstungsbeschluss“ (1982), der die Stationierung atomarer Erstschlagwaffen in der Bundesrepublik vorsah. In seinem Engagement für Frieden und Menschenrechte wurde z.B. der nach 1945 parteilose Fabian 1971 Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in der BRD und 1965 Mitbegründer und Vorsitzender der „Hilfsaktion Vietnam“, weil – wie es in einem Selbstzeugnis heißt – er es nicht ertragen konnte, wie Presse, Rundfunk und Fernsehen über die „barbarische Kriegsführung der amerikanischen Generäle und die unsäglichen Leiden der vietnamesischen Frauen und Kinder“ hinweggingen. Fabian war auch bereit, wichtige Ehrenämter zu übernehmen, die seinem Anliegen entsprachen – sei es als Ehrenpräsident des PEN (ab 1984), als Bundesvorsitzender der Humanistischen Union (1969-1973), als Mitglied des Deutschen Presserates (1960-1976) oder als langjähriger Vorsitzender der Deutschen Journalisten Union in der IG Druck und Papier (1958-1963), der er früh den Weg zur Mediengewerkschaft ebnete. Stets der Aufklärung verpflichtet, zählte der Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ (1957-1970) zu den Förderern des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und eines verfassungskonformen Pressewesens.

Und dennoch behielt der unangepasste und ungebrochene Präsident des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller bis in die sechziger Jahre seinen Wohnsitz in der Schweiz. Im Oktober 1946 hatte er es abgelehnt, weder die Chefredaktion der Leipziger Volkszeitung noch die der Frankfurter Rund-

schau zu übernehmen. Denn auf den Bajonetten der Besatzungsmächte ließe sich für ihn keine Demokratie aufbauen. Seine erste Reise nach Deutschland fand erst im Oktober 1949 statt und selbstverständlich besuchte er immer wieder seine alten politischen Freunde in der DDR wie Jacob Walcher, Klaus Zweiling, August Siemsen, Heinrich Deiters oder Ruth und Max Seydewitz.

Man muss sich diesen heute vergessenen „sozialistischen Sokratiker, Sokrates mit der Trikolore in der Hand“ (Walter Jens), auch mit einer roten Fahne vorstellen können. Denn die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1789 und 1848 und ihre Radikalisierung durch eine sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, das war und blieb stets sein politisches Ziel. Hier folgte er den Vorstellungen von Rosa Luxemburg. Und das war kein Zufall: Drei ältere und enge politische Freunde Walter Fabians, Paul Levi, der nach seinem Austritt aus der KPD den linken Flügel der SPD prägte, und Paul Frölich, der Mitbegründer der KPD, später der KPO und erster Herausgeber der Werke von Rosa Luxemburg, wie auch Kurt Rosenfeld, der mit Max Seydewitz 1931 jüngere Mitstreiter um die „Klassenkampf-Gruppe“ wie Otto Brenner und Willy Brandt zur SAPD führte, hatten eng mit Rosa Luxemburg zusammengearbeitet. So gesehen war Fabian ein „Luxemburgist“. Immer wieder hat er sich kritisch mit dem leninistischen Modell des Sozialismus auseinandergesetzt und den Stalinismus bekämpft. Sozialismus ohne bürgerliche Freiheiten – so seine Überzeugung – kann nur zu einer Entartungsform des Sozialismus führen. Dabei hat er sich auf Rosa Luxemburgs Schrift „Die Russische Revolution“ berufen. Es ist für seine politische Biographie zweifelsohne charakteristisch, dass er 1937 – nach seinem „Ausschluss“ aus der SAPD wegen Differenzen in der Volksfrontpolitik in Paris, des Streits um die Stalin-Prozesse sowie des Dissens in der Beurteilung der POUM in Spanien – die Leitung der Exil-Gruppe „Neuer Weg“ übernahm und Paul Frölich veranlasste, „Die Russische Revolution“ mit bis dahin unterdrückten Passagen als Programmschrift für diese neue Gruppe zu edieren. An dieser von Paul Levi erstmals im November 1921 posthum veröffentlichten Arbeit Rosa Luxemburgs schied er sich nach wie vor die Geister; denn Rosa Luxemburg hatte schon 1918 aus der Gefängniszelle heraus Entartungsformen eines von oben verordneten Sozialismus kritisiert und für eine autonome Gestaltung des Demokratisierungsprozesses von unten plädiert: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt“ (siehe dazu den Beitrag von Annelies Laschitza).

Unermüdlich traten die in der Tradition von Rosa Luxemburg denkenden und handelnden Linksozialisten auch nach 1945 für diese Prinzipien ein und plädierten für die Errichtung eines vereinigten, demokratischen, sozialistischen Deutschland – als Kern der vereinigten sozialistischen Staaten von Europa, hierbei dem Konzept der Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten in Stockholm von 1942-45 um Kreisky, Brandt, Myrdal und Szende folgend. „Auch ich träume manchmal davon“, versicherte mir Fabian noch am 15. Ok-

tober 1985, „dass es Deutschlands Bestimmung sein möge, den Abgrund zwischen Ost und West zu überbrücken, indem es die sozialistische Wirtschaftsbasis des Ostens mit der politischen Demokratie des Westens verbindet.“<sup>2</sup>

## Kultur und Arbeiterbildung

Aber Fabian war nicht nur Journalist, Übersetzer und Literat, sondern auch Theater- und Musikkritiker, vor allem ein basisorientierter Bildungsarbeiter und Professor für Weiterbildung in Frankfurt, geprägt mit Rosa Luxemburg von den Anhängern der Rätebildung und am Lebensende ermutigt – wie Lisa und Wolfgang Abendroth – durch das Jahrhundertwerk zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Romanform: „Die Ästhetik des Widerstands“ von Peter Weiss. Weil dieser Aspekt der basisorientierten Arbeiterbildung in dem Band über Basisdemokratie und Arbeiterbewegung lediglich in Andeutungen vorkommt, folgen hier einige kurze Bemerkungen. Wir verweisen dabei zunächst auf den Roman von Peter Weiss, ergänzt um zwei Notizbücher mit Belegen teilweise unbekannter Fundstellen aus den Archiven. Hier wird die Unerbittlichkeit des Terrors der Herrschenden eindrucksvoll und bedrückend beschrieben, die als Hades-Wanderung, als Reise ins Inferno des faschistischen Deutschland im dritten Band des Romans ihren Höhepunkt erreicht. Aber schon der angestregte Blick auf den Pergamonfries in Berlin erschließt am Anfang des ersten Bandes den davor stehenden Illegalen der „Roten Kapelle“ unter der Oberfläche des schönen Scheins der harmonischen Formen die Struktur der Geschichte als Klassenformation, als „Schlachtbank“ und Bild „ungeheuerster Opfer“. Die Erkenntnis, der Gewalt von oben die gemeinsame, vereinte Kraft der Unterdrückten entgegenzustellen und den Befreiungskampf zu wagen, wird symbolisiert in der Figur von Herakles, der nur durch ein Namenszeichen und die Tatze eines Löwenfells, das er als Umhang getragen hatte, auf dem Pergamonfries bezeugt ist. Noch im letzten Satz des Romans wird angesichts der gescheiterten Einheitsfront gegen die terroristische Gewalt des Faschismus diese Symbolfigur der vereinten Kraft der Unterdrückten angerufen: „und Heilmann würde Rimbaud zitieren, und Coppi das Manifest sprechen, und ein Platz im Gemenge würde frei sein, die Löwenpranke würde dort hängen, greifbar für jeden“<sup>3</sup>.

Arthur Rimbaud und Karl Marx stehen gleichzeitig nebeneinander. Sie werden zum Aufhänger des Nachdenkens über verschüttete Traditionen eines sozialistischen Bildungsbegriffs, der nicht abhebt auf eine bloße Anhäufung von Wissen, sondern Bildungsarbeit initiiert zur Aufarbeitung und Vergegenwärtigung der Vergangenheit – als notwendige Voraussetzung einer Politik der

<sup>2</sup> Gespräch mit Walter Fabian am 15. Oktober 1985 in Nürnberg. Siehe dazu Jörg Wollenberg, Walter Fabian-Brückenbauer der Linken, in: Arno Klönne u.a. (Hrsg.), Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003, S. 126-154.

<sup>3</sup> Siehe Jörg Wollenberg, Pergamonaltar und Arbeiterbildung. „Linie Luxemburg-Gramsci“-Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler“ (Peter Weiss), Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2005, S. 1-37.

„Befreiungsbewegungen in der verwandelten Welt“ (Ästhetik, Bd. 3, S. 262), für die die politischen Richtlinien, die 1917 und 1945 entwickelt wurden, zweifelhaft oder ungültig geworden sind. Dabei setzt Peter Weiss auf die Geschichte „aus der Perspektive derer, die sich ganz unten befinden u[nd] dort, Entbehrungen u[nd] Leiden auf sich nehmend, ihre Überzeugungen gewinnen“.<sup>4</sup> Die Niederlage der organisierten Arbeiterbewegung im Faschismus wird bei Weiss implizit mit zurückgeführt auf eine der Hauptlinien der marxistischen Arbeiterbildung von Wilhelm Liebknecht bis zu Edwin Hoernle – und damit auf das Scheitern der von oben verkündeten Verflechtung von Bildung und Macht als Strategie zur Erlangung politisch-kultureller Hegemonie. Weiss erkennt „im Scheitern der organisierten Arbeiterbewegung die Geschichte eines unausgeschöpften Bildungsvermögens der Unterworfenen. In den „Notizbüchern“ hält Weiss für den Schlussabschnitt des Romans fest: „Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler – die lebendige kritische Wissenschaft, Ablehnung jeder Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen“ (1981, S. 686). Wenn man Peter Weiss richtig liest, ist diese „Linie Luxemburg – Gramsci“ zu verlängern um die Kritiker einer „atavistischen Bevormundung“ (Weiss) wie August Thalheimer, Walter Benjamin, Ernst Bloch, Karl Korsch, Bertolt Brecht oder Paulo Freire, auf deren Arbeiten Weiss ebenfalls zurückgreift. Die eher verschütteten Traditionen dieser marxistischen Utopie verstehen Bildungsarbeit als Teil eines Befreiungsprozesses „sozialistisch denkender Menschen“ (Weiss). Sie gehen von einer historischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bildung aus, die Einblicke „in die soziale, ökonomische, kulturelle Gesamtheit“ (Weiss) gewährt. Und das nicht mit einem enzyklopädisch-positivistischen Ansatz, sondern als radikal-demokratischer Bildungsansatz, in dem sich der Bildungsbegriff mit einem auf Selbsttätigkeit beruhenden Aneignungs- und Befreiungskonzept verknüpft, der auf die Kraft der Selbstentfaltungspotentiale der Menschen setzt. Die radikale Infragestellung und Selbstüberprüfung der Arbeiterbewegung kann freilich in der Bildungsarbeit nur dann gelingen, wenn „die Verbindung mit denen (hergestellt wird), die vor uns am Werk gewesen waren. ... In diesem Sinn sind wir Traditionalisten, sagt Katz. An nichts Kommendes können wir glauben, wenn wir Vergangenes nicht zu würdigen wissen“ (Ästhetik, Bd. 2, S. 237).

Die Aneignung und Überwindung kapitalistisch verfasster Gesellschaftsstrukturen ist also nur über die begreifende Wiederherstellung der Vergangenheit zu erreichen. Das Begreifen der geschichtlichen Vollzüge eröffnet erst die Voraussetzung dafür, dass wir die gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart verstehen. Insider erkennen sofort, dass dieser Hinweis auf eine konsequente, auf selbständiges Denken, kritische Solidarität und politisches Handeln orientierte Bildungsarbeit direkt auf Rosa Luxemburg verweist. Die Aktualität dieser Perspektiven lässt sich dort eher vermitteln, wo die Bedingungen dieser Alternativen aufgegriffen und fortgesetzt werden konnten. Und das geschah weniger in der Bildungsarbeit der KPD oder SPD, eher in der Rätebildung, in

4

Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980, 1. Bd., Frankfurt am Main 1981, S. 84.

Bereichen der Metallgewerkschaft oder in der MASCH. Auch in den Kreisen des Austromarxismus, der „Klassenkampfgruppe“ knüpfte man in der Arbeiterbildung Weimars an historische und aktuelle Modelle des Sozialismus an, die dort ebenso ernsthaft diskutiert wurden wie die Errungenschaften der sozialistischen Revolution in der UdSSR. Neben den der USPD nahestehenden „Revolutionären Obleuten“ der Berliner Metallarbeiter oder den mehrheitlich zunächst zur USPD oder KPD tendierenden Arbeiterräten in den Hochburgen der Arbeiterbewegung waren es die von Linksintellektuellen wie Anton Pannekoek, Otto Rühle, Karl Schröder oder Alexander Schwab um 1920 geprägten Organisationen, die anstelle zentralistischer Gewerkschaften auf das Rätemodell setzten und die spontane Bewegung lediglich organisieren, aber nicht „von oben“ führen wollten: die im Februar/März 1920 parallel gegründete anarchosyndikalistische Allgemeine Arbeiter-Union (AAUD) und die von der KPD abgesplitterten Linkskommunisten der KAPD. Die problembeusstete Koordination der Basisorganisationen sollte vor allem durch eine Aufklärungsarbeit geleistet werden, die auf die „proletarische Selbstbewusstwerdung“ (Karl Schröder) der Arbeiterschaft setzte und in Zusammenarbeit mit den Linken aus der SPD-Bildungsarbeit vor 1914 um Kurt Rosenfeld, Hermann Duncker, Fritz Fricke und Otto Rühle diese Arbeit fortsetzte (siehe dazu den Beitrag von Ralf Hoffrogge). Anzumerken ist, dass fast parallel zur Diskussion um die Wiederentdeckung der Räte in Westdeutschland in der DDR ein Autorenkollektiv unter Leitung von Helmut König und Robert Alt in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts intensive Forschungen zur Schulpolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung während der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise in Deutschland von 1918 bis 1923 vorlegte. Auf jeden Fall gehörten damals auf Grund fehlender Alternativen die Raubdrucke der Dissertation von Artur Meier über die proletarische Erwachsenenbildung von 1964 ebenso zum Bücherbesitz eines westdeutschen Gewerkschafters in der Bildungsarbeit wie die Nachdrucke der MASCH-Grundkurse von Hermann Duncker, Alfons Goldschmidt, K.A. Wittfogel. In Anlehnung an Rosa Luxemburg blieb auch unter erschwerten Bedingungen die fundamentale Selbstüberprüfung der Organisationen der Arbeiterbewegung der Ausgangspunkt der Bildungsarbeit. In der systematischen Unterbindung der Initiativen von unten, der unterdrückten Eigeninitiativen sahen sie einen zentralen Grund für die Niederlage im Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Hier gilt es heute mit neuen antikapitalistischen Strategien anzuknüpfen und in der Bildungsarbeit eigenverantwortliche Tätigkeit und Selbstbestimmung wieder einzuüben. Nur so lässt sich eine sozialistische Demokratie von unten aufbauen. Hat jedoch ein solcher Ansatz angesichts des „Strukturkonservatismus“ in der deutschen Arbeiterbewegung eine Chance auf Realisierung? Ist man bereit, in den Führungsetagen über notwendige Strukturveränderungen nachzudenken und aus Niederlagen zu lernen, diese nicht in Siege umzumünzen?

60 Jahre nach Rosa Luxemburg, aber noch vor 1989/90 fasste Peter Weiss in den „Notizbüchern“ noch einmal seine Rück-Erinnerungen und Reflexionen



über die Opfer des Faschismus und Stalinismus, vor allem die Widersprüche im sowjetkommunistischen Lager im Gefolge des Spanischen Bürgerkrieges, der Moskauer Prozesse und des Hitler-Stalin-Paktes zusammen: „Die Forderung kam auf uns zu: zu unterscheiden zwischen den Morden der Faschisten und den Morden, die auf unsrer Seite begangen wurden. Hinter den faschistischen Morden sahen wir ein für immer mörderisches System, in dem es nur einen einzigen Änderungsversuch gab, welcher nicht aussichtslos war: der Angriff mit dem Ziel der völligen Vernichtung. Die Verbrechen im Namen des Kommunismus, so ungeheuerlich sie auch waren, ließen sich zurückführen auf historisch bedingte Deformationen: sie konnten, auf dem Weg der Vernunft, zu einer Klärung gebracht werden. Während der Faschismus für immer verdammt werden musste, waren im Kommunismus die Ausartungen unterm Druck einer kollektiven Paranoia zu verurteilen, doch wir konnten uns eine Zeit vorstellen, in der die Despotie ausgemerzt, die Bleikammern geöffnet, die Hintergründe der Unmenschlichkeit dargelegt, die Opfer rehabilitiert sein würden: dafür kämpften wir. Manchmal aber fürchteten wir, dass alles schon allzu sehr vom Wahnsinn zerfressen u[nd] verwildert war, als dass es noch ein objektives Denken, ein Eingreifen in die eigne Geschichte geben könnte. Wir waren schrecklich bedroht. Wir mussten uns noch einmal entscheiden. Zwischen zwei Schrecklichkeiten zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. *Starr vor Schrecken mussten wir unsre Wahl treffen.* – doch ich verstand Hodann, der sich von dieser Partei abwandte –“<sup>5</sup>

Sich wie der Arzt und Sexualpädagoge Max Hodann im Jahre 1945 von der KPD abzuwenden, muss auch nach dem „Geschichtsbruch“ von 1989/90 nicht heißen, den Sozialismus insgesamt auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Erinnerungsarbeit als konstruktive Form der politisch bewussten Aneignung von Geschichte für die Gegenwart und Zukunft, die die Frage nach den Opfern des Faschismus und Stalinismus nicht ausklammert, bedeutet für Peter Weiss keinesfalls, den Sozialismus aufzugeben. Der „russische Sonderfall“ – die „allmächtige Regierungsmaschine des alle Seiten dieser Gesellschaft beherrschenden Zwanges“, so August Thalheimer, muss aber erst verschwinden oder wenigstens auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden, „und stattdessen das freiwillige von der Selbstdisziplin geleitete zur selbstverständlichen Gewohnheit gewordene und bewusste kollektive Handeln“ sich durchgesetzt haben. Aus der dialektischen Begriffsfassung „eines Anfanges des Sozialismus“, in dem der „Widerspruch des Ausgangspunktes“, aber auch des „noch nicht Erreichthabens des Endpunktes“ enthalten ist, ergibt sich die Aufgabe, „nicht fortzusetzen, wo die Russen aufgehört haben, sondern neu anzufangen.“<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980, 2. Bd., a.a.O., S. 723.

<sup>6</sup> August Thalheimer, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst, Bremen 1971, S. 10 f.